

Liebe Leserinnen und Leser,

Im Jahr 2024 standen und stehen besonders bedeutungsvolle Wahlen an – nein, nicht nur zum Europaparlament und zur Präsidentschaft in den USA im November. In Südasien werden zum Ende 2024 fast zwei Milliarden Wähler/-innen die Chance gehabt haben, zur Urne zu gehen. Ein ungewöhnliches großes Experiment mit dem zentralen Instrument der Demokratie, der freien und fairen Auswahl des politischen Führungspersonals für eine nächste Legislaturperiode in einer Region, die in der Tagespresse oft genug als unterentwickelt in Sachen Demokratie dargestellt wird. Und in der Tat: Es war zu befürchten, dass durch die Wahlergebnisse die Region bei den Indikatoren für politische Freiheiten und demokratische Kultur noch weiter zurückfallen könnte – nicht zuletzt mit Blick auf Indien. Es kam anders.

Kommt hinzu, dass das demokratische Wahl- und Entscheidungsverfahren nach dem Ende der Kolonialherrschaft nicht überall und nicht vollständig in eigener Regie von den unabhängig gewordenen Staaten eingeführt wurde. Dieser Hinweis taucht oft ebenso in Berichten und Kommentaren auf, um vermeintliche Defizite in überheblicher Weise abzumildern. Dem haben in einigen Ländern Südasiens die Wählenden 2024 eine entschiedene Korrektur beigefügt – auch deshalb der Schwerpunkt zur Mitte des Jahres, wenn die Wahl in Sri Lanka noch aussteht. So bilden Einschätzungen der Wahlen in Südasien den Schwerpunkt in diesem Heft, ergänzt durch eine relativ ausführliche Auswertung speziell der Wahl in Indien.

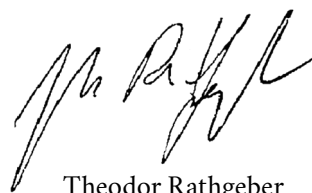
Die Wahlen in Südasien erwiesen sich durchaus als Wegscheide, entlang der die Wähler/-innen zugunsten der Festigung demokratischer Prinzipien entscheiden oder einer autokratischen Wahlperformance weiteren Raum geben konnten. Die Texte im Heft berichten von unerwarteten Ergebnissen (Indien), von deutlicher Zurückweisung zugemuteter Wahlvorgaben (Pakistan), von der Ablehnung eines Einparteiensystems durch Nichterscheinen (Bangladesch), von der Beendigung politischer Machtranküne (Malediven) oder vom Druck der Zivilgesellschaft für die Durchführung von Wahlen (Sri Lanka). Der demokratische Prozess ist in Südasien – wie in Europa – in der Entwicklung und bringt dort unerwartet ermutigende Ergebnisse sowohl beim Wahlprozedere wie in der Substanz hervor. Sie werden in dieser Zeitschrift als Absage an autoritäre Herrschaftsformen und als Unterstützung für regionale Kooperationsversuche gewertet.

Diese Aussage schließt Indien mit ein. Die hindu-nationalistische BJP (*Bharatiya Janata Party*) von Premierminister Narendra Modi ging als Favoritin in die Parlamentswahlen und scheiterte an eigenen Machtphantasien selbst in vormaligen Hochburgen. Wahlen als simples Instrument der Herrschaftssicherung hat die Wählerschaft in Indien zurückgewiesen – und übrigens nicht zum ersten Mal. Illusionen sind jedoch unbegründet. Die BJP ist mit Abstand stärkste Partei im Parlament und sitzt dort, um zu bleiben.

Illusionen geben auch die Ländersituationen nicht her. Bis sich die Ermutigung durch Wahlentscheidungen etwa in Nepal auf die Tagesrealität durchschlägt, wird es dauern. Die Manipulationen der Öffentlichkeit, bis in das Binnenverhältnis einer mächtigen Familie in Pakistan hinein, werden sich ebenfalls nicht so rasch auflösen. Die Erfahrungen der Malediven lassen gleichwohl erahnen, dass die Wähler/-innen ein Gespür zur Geltung bringen, um nicht unbedingt den großen Politikwandel anzubahnen aber die Möglichkeit der Wahl zu nutzen, um ihrem politischen Führungspersonal ihre Fehlnavigation aufzuzeigen.

Eher planerisch zufällig fanden im Literaturteil die Texte über die Fabelwelt und die neuere literarische Bearbeitung ökologischer Themen in SÜDASIEN zueinander, und sie passen kongenial zusammen. Der Nachruf auf zwei Kollegen ist der Redaktion ein eigenes Anliegen, haben beide doch unsere Arbeit vor allem zu Indien bereichert. Und relativ harmlose Fake News haben inzwischen ebenfalls zu SÜDASIEN gefunden, wenngleich nicht unbeobachtet.

Die Rezensionen spiegeln den Reichtum wider, der Einsichten und Alltags beschreibt, wie es auf einen besseren Lebensentwurf hin reflektierter zugehen könnte, würden die Botschaften der Wählenden vernehmlicher von der Politik aufgegriffen. Wenn der Begriff nicht so verbraucht wäre, ließe sich Hoffnung aus den Texten in Heft 2 ziehen. Sie, liebe Leserinnen und Leser, schöpfen – hoffentlich – daraus Gewinn,



Theodor Rathgeber